

# BRÜSSELER NOTIZEN

## zur Außen- und Entwicklungspolitik

Ausgabe vom  
1. März 2023

Berichtszeitraum: 01.02.2023 bis 28.02.2023

### Inhalt:

- Ukraine: Solidarität und Sanktionen
- Schwerpunkte der humanitären Hilfe
- Migrationspolitik: Europäischer Rat fordert verstärktes auswärtiges Handeln
- EU-Außenpolitik: Rat verstärkt Strategie für die Region der Großen Seen
- EU-China: Wiederaufnahme des Menschenrechtsdialogs
- Assoziationsrat EU-Moldau
- EU-Indien: Zusammenarbeit bei Technologien und Biokraftstoffen
- Kurzmeldungen

## Ukraine: Solidarität und Sanktionen

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und weitere Kommissionsmitglieder reisten am 2. Februar 2023 nach Kiew. Zeitgleich fand der [Gipfel EU-Ukraine](#) statt. Die EU verabschiedete ein neues Hilfspaket i.H.v. 450 Mio. EUR für 2023 und eine siebte Tranche i.H.v. 500 Mio. EUR für die Unterstützung der ukrainischen Streitkräfte im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität, die damit auf insgesamt 3,6 Mrd. EUR ansteigt.

Am 9. Februar 2023 kam der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj das erste Mal seit dem Ausbruch des Krieges nach Brüssel und nahm u.a. als Redner an einer außerordentlichen Plenarsitzung des Europäischen Parlaments teil. Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell betonte auf der Münchner Sicherheitskonferenz, dass die Ukraine Mitglied der europäischen Familie sei.

Während der Tagung des [Europäischen Rats](#) am 9. Februar 2023 und des [Außenrats](#) am 20. Februar 2023 diskutierten die EU-Führungsspitzen ein [zehntes Sanktionspaket](#) gegen Russland, welches am 24. Februar 2023, dem Jahrestag der russischen Invasion, verabschiedet wurde. Es umfasst weitere Export- und Importverbote, u.a. für industrielle Güter und elektronische Bauteile. Außerdem wurden weitere Individuen und Einrichtungen auf die Sanktionsliste gesetzt, Sanktionen gegen drei weitere Finanzinstitute verhängt und die Sender RT Arabic und Sputnik Arabic verboten. MICHELLE WIESNER

## Schwerpunkte der humanitären Hilfe

Die EU stellt angesichts des weltweit gestiegenen Bedarfs im Jahr 2023 mehr Mittel für [humanitäre Hilfe](#) bereit, in Höhe von insgesamt 1,7 Mrd. EUR (2022 umfasste das beschlossene Budget noch 1,5 Mrd. Euro). So erhalten die Länder [West- und Zentralafrikas](#) angesichts multipler Krisen wie der Klimaerwärmung und steigender Nahrungsmittelpreise insgesamt 181,5 Mio. EUR. Für die schutzbedürftigsten Bevölkerungsgruppen in [Jemen](#) sind 193 Mio. EUR vorgesehen, die [Tschadseeregion](#) erhält 102,5 Mio. EUR.

[Myanmar und Bangladesch](#) erhalten 43 Mio. EUR, unter anderem um die Rohingya-Flüchtlinge und deren Aufnahmegemeinschaften in Bangladesch zu unterstützen. Für [Mittelamerika und Mexiko](#) wurden 11 Mio. EUR freigegeben zur Bewältigung von Gewalt und Ernährungsunsicherheit, zur Sicherstellung von Bildung in Notsituationen sowie zur verbesserten Vorbereitung auf Katastrophenfälle. Weitere Beschlüsse dürften folgen. DIETRICH JOHN

## Migrationspolitik: Europäischer Rat fordert verstärktes auswärtiges Handeln

Am 9. Februar 2023 erörterte der [Europäische Rat](#) die Migrationslage. Dabei diskutierten die Führungsspitzen der EU insbesondere die Notwendigkeit eines verstärkten auswärtigen Handelns. Sie berieten, wie die Zusammenarbeit mit Herkunfts- und Transitländern verbessert werden kann. Dabei sollen die Unterstützung von Partnerländern bei der Bekämpfung der Ursachen irregulärer Migration und eine verbesserte Abstimmung der Visumpolitik mit Nachbarländern laut den [Ratsschlussfolgerungen](#) intensiviert werden, konkret durch verstärkte Kontakte auf hoher Ebene, neue Aktionspläne und engere Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen.

Wichtig sei zudem eine einheitliche EU-Rückkehr- und Rückübernahmepolitik. Es sollen hierbei alle Bereiche der EU-Außenpolitik eine Rolle spielen und genutzt werden, etwa Diplomatie, Entwicklung, Handel und Visafragen, aber auch Instrumente der legalen Migration. DIETRICH JOHN

## EU-Außenpolitik: Rat verstärkt Strategie für die Region der Großen Seen

Der EU-Außenrat nahm am 20. Februar 2023 [Schlussfolgerungen](#) zur erneuerten EU-Strategie für die Großen Seen an, der eine besondere geostrategische Bedeutung und sozioökonomisches Potenzial attestiert wird. Hierbei steht das Ziel, Frieden, Demokratie und nachhaltige Entwicklungen in den Mittelpunkt des langfristigen Engagements der EU in der Region zu stellen, im Fokus. Ferner greift die EU die Themen Unsicherheit und Instabilität in Bezug auf anhaltende Spannungen und illegalen Handel mit natürlichen Ressourcen und Wettbewerb auf. Dabei bekräftigt sie den Anspruch, Vertrauen, Handel und Partnerschaften zu stärken. Die Strategie steckt den Rahmen ab für zukünftige politische Strategien und Maßnahmen der EU mit Schwerpunkt auf der Demokratischen Republik Kongo, Burundi, Ruanda und Uganda. CONSTANTIN BLASCHKE

## EU-China: Wiederaufnahme des Menschenrechtsdialogs

Am 17. Februar 2023 fand die [38. Sitzung](#) des EU-China Menschenrechtsdialogs statt, erstmals seit der Aussetzung 2019, nachdem die EU Sanktionen gegen China wegen Menschenrechtsverletzungen in Xinjiang und China dagegen Vergeltungssanktionen verhängt hatte. Als wichtigstes Forum für Menschenrechtsfragen mit China ist die EU bestrebt, ihre normative Kraft in einem feindlichen Umfeld in die Praxis zu übertragen. So thematisierte die EU die anhaltenden Beschränkungen von Grundfreiheiten, den Einsatz von Zwangsarbeit und die fehlende Unabhängigkeit der Justiz in China unter Hervorhebung der Tatsache, dass Uiguren, Tibeter und Angehörige religiöser, ethnischer und sprachlicher Minderheiten besonders gefährdet sind. Ferner wies die EU auf die Verschlechterung der Lage in Bezug auf die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit sowie die freie Meinungsäußerung in Hong Kong hin.

Übereinstimmend als grundlegend bezeichneten China und die EU hingegen die Bedeutung der vollständigen Verwirklichung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte auf globaler und nationaler Ebene. Zudem bekräftigten beide ihr Engagement für den Schutz und die Förderung der Rechte von Frauen und Kindern. In diesem Sinne ist die Durchführung einer Veranstaltung zum Thema "Förderung des Frauenunternehmertums in der Technologie- und Digitalbereich" im Zuge der 67. Tagung der UN-Frauenrechtskommission geplant. CONSTANTIN BLASCHKE

## Assoziationsrat EU-Moldau

Am 7. Februar 2023 haben die EU und die Republik Moldau während der sechsten Tagung des [Assoziationsrates](#) vereinbart, die Zusammenarbeit im Einklang mit den Verpflichtungen Moldaus im Rahmen des Assoziierungsabkommens EU-Moldau weiter zu intensivieren. So wurden die von Moldau erzielten Fortschritte in mehreren Schlüsselbereichen, wie Justiz und Korruptionsbekämpfung, erörtert. Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell betonte, dass die Reformen von entscheidender Bedeutung für die Fortschritte Moldaus auf dem Weg in die EU seien.

Ferner wurde ein Abkommen unterzeichnet mit dem die Republik Moldau Zugang zu EU-Fördermitteln für den Gesundheitsbereich erhält und weitere Abkommen über eine engere Zusammenarbeit im Zoll- und Steuerbereich. Vor dem Hintergrund, dass Moldau EU-Beitrittskandidat ist, ist die Stärkung der Zusammenarbeit von besonderer Bedeutung. MICHELLE WIESNER

## EU-Indien: Zusammenarbeit bei Technologien und Biokraftstoffen

Die EU und Indien gründeten am 6. Februar 2023 einen [neuen Handels- und Technologierat](#), um Si-

cherheit, Wohlstand und nachhaltige Entwicklung auf der Grundlage gemeinsamer Werte zu gewährleisten. Drei Arbeitsgruppen werden sich mit den Themen Konnektivität, grüne Technologien und widerstandsfähige Lieferketten befassen. Die erste Tagung des Rates soll im Frühjahr 2023 stattfinden.

Am 6. und 7. Januar 2023 organisierten die EU, Indien und der Bundesstaat Karnataka zwei Veranstaltungen zur Zusammenarbeit im Bereich „[Advanced Biofuels](#)“ in Bengaluru. Ziel ist es, neues technische Know-how der Länder zu vereinen sowie nachhaltige Lieferketten, Infrastruktur und Investitionen für Biokraftstoffe zu schaffen. EMILIA ALTMEIER

## Kurzmeldungen EMILIA ALTMEIER

EU-Ratspräsident Charles Michel traf sich am 15. Februar 2023 mit dem [neuen Staatspräsidium Bosnien und Herzegowinas](#), namentlich Zeljka Cvijanović, Željko Komšić und Denis Bećirović, in Brüssel. Da der Staat seit Dezember 2022 EU-Beitrittskandidat ist, forderte Charles Michel Reformen und einen klaren Plan, um den Beitritt zu realisieren.

Das Europäische Parlament verabschiedete am 16. Februar 2023 [drei Menschenrechtsresolutionen](#). Russland solle alle politischen Gefangen, welche sich für die Demokratie einsetzen, freilassen. Das diktatorische Regime Äquatorialguineas müsse die politische Verfolgung seiner Bürger beenden. Zudem müssten die Behörden Swasilands sofort einen Dialog mit der Opposition beginnen.

Afrika werde Europas wichtigster Partner sein, wenn es darum geht, das Angebot an erneuerbaren Energien zu erhöhen und auf grünen Wasserstoff umzusteigen, sagte EU-Vizepräsident [Frans Timmermans](#). Insbesondere für Solarenergie gäbe es großes Potential in Afrika. Er verwies auf mögliche Partnerschaften mit dem Mittelmeerraum und Nordafrika.

Nach dem Erdbeben in der Türkei und Syrien am 6. Februar 2023 wollen die Europäische Kommission und der schwedische Ratsvorsitz eine [Geberkonferenz](#) für die betroffene Bevölkerung organisieren. Die Veranstaltung soll im März 2023 in Brüssel stattfinden.

---

**Dr. Thomas Leeb**, Leiter Europa-Büro Brüssel der Hanns-Seidel-Stiftung e.V.

Unter Mitarbeit von **Emilia Altmeier**, **Constantin Blaschke**, **Dietrich John**, **Michelle Wiesner**

### Impressum

Hanns-Seidel-Stiftung e.V. | Lazarettstraße 33 | 80636 München | [www.hss.de](http://www.hss.de)

Vorsitzender: Markus Ferber, MdEP | Generalsekretär: Oliver Jörg

Für Rückfragen zum Inhalt erreichen Sie das Büro Brüssel unter  
Tel. +32 2 230-5081 | E-Mail: [brussels@hss.de](mailto:brussels@hss.de)

Finden Sie uns auf [Facebook](#), [LinkedIn](#) und [Twitter](#).